

Gewerkschaftliche Monatshefte

Herausgegeben, vom Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes

ZWANZIGSTES JAHR
SEPTEMBER 1969

9

RICHARD F. BEHRENDT

Minderheitenprobleme der jungen Nationen

I

Alan spricht heute zwar gern von „den jungen Nationen“. Aber im Grunde gibt es sie gar nicht — jedenfalls nicht als soziale Realitäten. Zwar sind in den letzten zehn bis 15 Jahren Dutzende von neuen Staaten entstanden, die bis dahin Kolonien gewesen waren — in Asien, Afrika und dem Karibischen Raum —, und sind als souveräne Nationen in die Vereinten Nationen aufgenommen worden. Im Oktober 1968 stieg die Mitgliederzahl der UNO auf diese Weise auf 138. Aber das ist zunächst nichts als ein völkerrechtlicher Vorgang, der auf gewissen staatsrechtlichen Prozeduren beruht: eben auf der juristischen Unabhängigkeitserklärung, die von bestimmten Körperschaften formell für ein bestimmtes Territorium vorgenommen wurde. Die Frage ist und muß für uns sein, ob damit wirklich *Nationen* gebildet wurden, bzw. bereits bestehende Nationen juristisch anerkannt wurden.

In den meisten Fällen muß die Antwort verneinend lauten. „Nation“ bedeutet ja für den Soziologen, dem es um die Erfassung gesellschaftlicher Wirklichkeit zu tun ist, ein räumlich verhältnismäßig großes Sozialgebilde, dessen Mitglieder sich verbunden fühlen durch Gemeinsamkeiten, die sie von allen anderen, die nicht zu dieser Nation gehören, unterscheiden, und die, entsprechend diesen Gefühlen, Solidarität in entscheidenden Fragen des öffentlichen Lebens praktizieren. Dieses Gefühl des Verschiedenseins von der Außenwelt wirkt auch gleichzeitig als ein einigendes Band zwischen den Nationenangehörigen, ungeachtet aller Unterschiede der Interessen und Ideologien, die von ihnen letztlich doch immer wieder als sekundär gegenüber der gemeinsamen Zugehörigkeit zur gleichen Nation empfunden werden. Dabei können diese nationalen Gefühle und die ihnen entsprechenden konkreten Verhaltensweisen variieren zwischen in sich ruhendem Nationalbewußtsein, das die eigene Nation als gleichberechtigten Partner mit vielen anderen betrachtet und das nur auf Angriffe von außen gewaltsam reagiert, und virulentem Nationalismus, der die eigene Nation über alle anderen setzt und ihr das Recht auf Vorherrschaft und auch gewaltsame Ausdehnung auf Kosten anderer zuerkennt.

Die Nation ist ein „abstraktes Kollektivum“ im Sinne *Leopold von Wieses*: es beruht auf einem spezifischen Glauben an *gemeinsame Werte* und deren entscheidende und deshalb integrierende Bedeutung, ohne daß dieser Glauben notwendigerweise objektiv berechtigt sein müßte. Die Nation ist „abstrakt“ (wenn auch in ihrer Auswirkung höchst konkret), weil sie als Gesamtheit niemals unmittelbar von allen ihren Mitgliedern erlebt

werden kann. Dazu ist sie viel zu groß und komplex. Man muß zum Glauben an sie, zur Erfüllung ihrer Normen, zur Unterordnung unter die sie vertretenden, in ihrem Namen beschließenden und befehlenden Institutionen und Funktionäre bereit sein. Und all dies muß man erlernen, als Teil der Erziehung und Bildung, die in modernen Nationen von frühester Kindheit an alle Mitglieder normalerweise „sozialisiert“, also in die gesellschaftliche — und damit auch politische — Ordnung einfügt.

Nationen in diesem Sinne sind überall in der Welt etwas relativ Neues. Sie sind ursprünglich eine europäische Erscheinung und haben sich ungefähr seit der Renaissance herausgebildet — nicht zufällig als eine Begleit- und Teilerscheinung jenes umfassenden Wachstumsprozesses, der gekennzeichnet ist durch systematische Wissenschaft, Erfindung neuer Techniken der Weltorientierung und Naturbeherrschung, des Verkehrs, der Produktion und der Organisation, die wir die Moderne nennen, jenes Wachstumsprozesses, der in die sogenannte industrielle Revolution in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts mündete und mit ihr eine neue Welt, nämlich die dynamische, einläutete.

Erst durch diesen komplexen Wachstumsprozeß menschlicher Fähigkeiten der Umweltgestaltung wurden Nationen überhaupt möglich. Vorher waren die Wirtschaftsräume, in denen sich die meisten Menschen bewegten, klein gewesen: sie umfaßten lediglich eine mit primitiver Technik bestellte Agrargegend mit ihrem städtischen Mittelpunkt als Markt und Sitz der Handwerker. Die politischen Machthaber waren ganz überwiegend Feudalherren, also Grundbesitzer. Die Lehnsordnung, die sie verkörperten, beruhte auf gegenseitigen Verpflichtungen zwischen jeweils einem Über- und Untergeordneten, vom Leibeigenen und Hörigen „unten“ bis zum Kaiser „oben“. Das ergab ein vielfältiges Geflecht von schwer übersehbaren — und in weiten Räumen zumeist auch wenig wirksamen — Rechts- und Machtbeziehungen. Es war weit entfernt von dem, was wir heute als Nationalstaat kennen. Schon der Analphabetismus der meisten, ihre Isolierung von der Außenwelt, die Primitivität der Kommunikationen verhinderte die Herausbildung von Nationalbewußtsein und nationaler Organisation, die, wie gesagt, immer großräumig sein muß und auf ideologischen Gemeinsamkeiten vieler, auf ihrer Fähigkeit zu gemeinsamem Handeln und Entscheiden beruhen muß.

All dies bedeutet, daß ein enger Zusammenhang zwischen *wirtschaftlicher* und *sozialer Entwicklung* und der Herausbildung der Nation besteht. Wobei wir uns daran erinnern müssen, daß alle Völker und Rassen in diesen grundlegenden, soziologisch bedeutsamen Hinsichten aus einer gemeinsamen Vergangenheit kommen: eben dem, was wir heute Unterentwicklung nennen und was durch Machtlosigkeit des Menschen gegenüber der Natur und der meisten Menschen gegenüber Überen sowie durch materiell elendes und statisches Leben gekennzeichnet war — und das nur einige europäische Völker und ihre „Ableger“ in Amerika und Australien einerseits, Rußland und China andererseits bisher entschieden überwunden haben. Eine der gesellschaftlichen und politischen Begleiterscheinungen dieser Dynamik ist eben die Nation. Sie wurde nötig als erstmals große und gleichzeitig geschlossene, wirksam integrierte *Aktionseinheit*, und zwar dann, als die technisch wirksamer gewordenen Waffen und Produktionsmittel solche Einheiten erforderten. Die Feudalherren und Kleinfürsten, Städte und Stände wurden entmachtet und straff organisierte Territorialverwaltungen wurden geschaffen, mit normalerweise einheitlicher Wirtschaftspolitik, Zoll- und Steuerwesen, Sprache und Kultur — sowohl durch absolutistische Monarchen wie auch später durch Revolutionen unter liberal-demokratischen Vorzeichen. Wobei es interessant ist, sich daran zu erinnern, daß zur Zeit der ersten französischen Revolution gegen Ende des 18. Jahrhunderts noch mehr als ein Viertel der Untertanen des Königs von Frankreich nicht französisch sprach. Der uns heute vertraute extreme Zentralismus in Frankreich ist erst eine Schöpfung der ersten Republik und Napoleons I.

II

Daß die Europäer — oder doch viele von ihnen — seit dem 16. Jahrhundert über einigemaßen einheitlich organisierte, für damalige Verhältnisse großräumige politische und wirtschaftliche Einheiten verfügten, war ja eine der Voraussetzungen, die es ihnen erlaubte, mit relativ kleinen, dafür aber den Überseevölkern leistungsmäßig überlegenen Waffen, Truppen, Flotten und Handelsmissionen riesige Überseegebiete zu unterwerfen oder doch wirtschaftlich zu erschließen und sich botmäßig zu machen. Denn diese Gebiete lebten eben noch in wirtschaftlich, gesellschaftlich und politisch vordynamischen Verhältnissen und waren durch die gleiche Unfähigkeit zu raschem, einheitlichem und kontinuierlichem Handeln gekennzeichnet, die auch im mittelalterlichen Europa die Regel gewesen war.

Auf diese Weise wurde die Nation zu einem überwältigenden Erlebnis für die „Entwicklungsvölker“: erstens war sie eine exogene Erscheinung, zweitens bedeutete sie im Zeitalter des modernen Imperialismus die Demonstration überlegener Macht, und drittens wurde sie verbunden mit überlegener organisatorischer und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit. Kein Wunder, daß die geistigen und politischen Eliten der Entwicklungsvölker — insbesondere natürlich diejenigen, die fremde Kolonialherrschaft erlebten — begannen, die nationale Einheit und Einheitlichkeit als Symbol und, darüber hinaus, als Bewirker von Macht, Geltung und nicht nur politischem, sondern auch materiellem Fortschritt zu betrachten. Und hierzu trugen ja auch das Beispiel und die Lehren der westlichen Völker bei, mit ihrer hohen Bewertung nationaler Unabhängigkeit und Stärke und ihrer Bereitschaft, immer wieder Kriege um deren Behauptung und Erweiterung zu führen.

Daher das Bestreben der Entwicklungsvölker — es muß immer wieder präzisiert werden: der dünnen Schichten, die Gelegenheit hatten, moderne, also westliche Bildung zu erwerben und die heute für sie zu sprechen und zu handeln versuchen —, diese ursprünglich nur europäische Ordnungsform der Nation auf ihre eigenen Gesellschaften zu übertragen, nationale Unabhängigkeit und die Symbole der nationalen Einheit und Macht zu erwerben — fast um jeden Preis, sogar dann, wenn dieser Preis Verzicht auf optimale und rasche wirtschaftliche Entwicklung oder auf Verwirklichung humaner Ziele, also Erhaltung, freie Entfaltung und Bereicherung menschlichen Lebens, bedeutet.

Warum stellt sich überhaupt die Frage nach diesem hohen Preis? Sie stellt sich einerseits, weil die meisten der heute sogenannten Entwicklungsländer eben (noch) keine Nationen sind und auch nicht über die nötigen Voraussetzungen dazu verfügen und andererseits weil es zweifelhaft ist, ob die Nation als oberste Entscheidungs- und Handlungseinheit des politischen und wirtschaftlichen Lebens überhaupt noch eine Zukunft hat. Und hier finden wir nun das Problem der *Minderheiten*. Zu ihrem Verständnis war es nötig, etwas auszuholen.

III

Von „Minderheiten“ spricht man ja in der Regel nur dann, wenn es sich um Marginalgruppen oder -schichten handelt, also um Sozialgebilde, deren Mitglieder sich von der Mehrheit in einer Weise abheben, die zumindest von dieser als bedeutsam empfunden wird, als Hindernis der gegenseitigen Verständigung, der Zusammenarbeit, der Integration. In diesem Sinne haftet dem Begriff Minderheit stets der Beigeschmack des Problematischen an. Er sagt nichts darüber aus, ob die Minderheit gegenüber der Mehrheit mächtig oder ohnmächtig ist. Beides ist möglich.

Nun gibt es in vielen „jungen Nationen“ und in den meisten Entwicklungsländern — auch wenn sie schon seit langem juristisch unabhängig sind oder es von jeher gewesen

sind — eine ganze Reihe verschiedenartiger Minderheiten. Es *muß* sie geben, weil, wie gesagt, diese Völker eben noch keine integrierten Nationen darstellen, sondern Gruppierungen von Menschen auf recht unterschiedlichen Entwicklungs- und Bildungsstufen, mit drastischen Unterschieden des Besitzes, des Einkommens, der Geltung und der Macht und mit sehr verschiedenen Sprachen, Religionen, Sitten, kurz, Kulturen. Über diesen Gruppierungen wölbt sich vorerst lediglich gleichsam ein ziemlich gebrechliches Zelt: die nationalstaatliche Verwaltung mit ihrer oft lediglich formalen Stütze der vom Westen entlehnten Rechtsordnung, ein Zelt, von dem man nicht sagen kann, ob es rauhen Stürmen standhalten könnte.

Sehen wir uns nun einige, besonders bedeutsame dieser Minderheiten an.

Zunächst fällt in die Augen, daß diejenigen, die im Namen dieser jungen „Nationen“ zu sprechen und zu handeln beanspruchen, im eben umschriebenen Sinne selbst Minderheitsgruppen bilden, also nicht für die Massen ihrer Völker repräsentativ sind. Sie sind es in einem doppelten Sinne nicht: erstens weil sie *Macht-* und zumeist auch *Besitzoligarchien* bilden, sich also von der Mehrheit durch einen gewaltigen Abstand von Privilegien abheben, der zumeist sehr schwer durch von unten Aufsteigende zu überbrücken ist. Es handelt sich eben noch um ständisch oder sogar kastenmäßig gegliederte Gesellschaftsordnungen, in denen der Zufall der Geburt, viel mehr als die persönliche Leistung, den gesellschaftlichen Status, also die Stellung in der gesellschaftlichen Schichtung bestimmt. Gemäß uralter Tradition, die sich in der Regel auf religiöses Dogma berufen kann, sind einige Wenige zum Herrschen, Befehlen und zum materiell guten Leben auserwählt, während die große Masse sich mit Gehorchen, manueller Arbeit und Tributen an die Privilegierten zu bescheiden hat. Gewiß, diese oligarchischen Ordnungen werden heute durch Modernisierung und dynamische Einflüsse aus den relativ entwickelten Ländern immer mehr in Frage gestellt und erschüttert.

Neue Eliten bilden sich heraus und treten im Namen des Fortschritts und der Gleichheitsansprüche den alten entgegen. Aber — und dies ist der zweite Punkt — auch diese neuen Eliten der mehr oder weniger modern, nach westlichen Vorbildern ausgebildeten Juristen, Mediziner, Ingenieure, Volkswirte, Lehrer bilden winzige Minderheiten, Inseln in einem Meer von Völkern, die von dynamischen Impulsen, Kenntnissen und Einsichten noch nicht oder nur ganz am Rande berührt sind. Weswegen die neuen Eliten, die sich überall als Pioniere, Planer und Exekutoren der Entwicklung betrachten, es so schwer haben, sich durchzusetzen, ja auch nur sich mit der Mehrheit ihrer Landsleute zu verständigen. Auch dort, wo kein babylonisches Sprachengewirr die Verständigung erschwert und man gezwungen ist, seine Zuflucht zu der Sprache des früheren Kolonialherrn, also Englisch oder Französisch oder Holländisch als *lingua franca* zu nehmen, wie in Indien, Pakistan, Indonesien und in Schwarz-Afrika, spricht man doch verschiedene Sprachen, weil man, trotz äußerer Zeitgenossenschaft, eben faktisch in verschiedenen Epochen lebt: die breite Masse noch sozusagen im Mittelalter — in technischen und wirtschaftlichen Formen und geistigen Vorstellungen, die denen unseres Mittelalters durchaus vergleichbar sind —, die „Führungsgruppen“ hingegen in der Neuzeit, ihren eigenen Absichten nach sogar noch mehr im Morgen als im Heute. Wobei allerdings nicht vergessen werden darf, daß sie selbst in ihrem Seelenleben, ihrem Selbstverständnis und ihrem Verhalten gespalten sind, weil sie unvermeidlich an zwei Kulturen beteiligt sind: der autochthonen Kultur ihrer Herkunft und der ihrem Ursprung nach fremden, angelernten Kultur der Moderne. Das befähigt sie zuweilen zu Kompromissen zwischen dem Ziel rascher Modernisierung und der Notwendigkeit, Rücksicht zu nehmen auf die Schwierigkeiten des Umlernens in ihrer Umgebung. Andererseits aber bedeutet es die ständige Gefahr von Selbstwidersprüchen und Unsicherheit, die nur zu oft zu Fehlentscheidungen und Kurzschlußhandlungen führen.

Hier haben wir es also sozusagen mit einem *vertikalen Minderheitenproblem* zu tun: mit krassen Unterschieden und Distanzen zwischen „oben“ und „unten“, die die Kommunikationen und damit die Einheit und Handlungsfähigkeit junger Nationen gefährden — was gerade angesichts der ungeheuer schwierigen Entwicklungsaufgaben, vor denen diese heute stehen, besonders bedenklich ist. Man könnte das mit der Situation von Generälen ohne Armee, von Herden ohne Hirten vergleichen.

IV

Häufiger denkt man natürlich bei unserem Thema an das, was wir die *horizontalen Minderheiten* nennen können. Sehen wir uns nun diese auf ihre Verschiedenheiten und Eigenheiten hin an.

Da springen zunächst diejenigen Minderheitsgruppen in die Augen, die von *Einwanderern anderer Kultur* oder deren Nachkommen gebildet werden, die sich an die Kultur ihres „Wirtsvolkes“ nicht voll assimiliert haben, zumeist deshalb nicht, weil sie diese — berechtigter- oder unberechtigterweise — als weniger entwickelt betrachten. Sie bilden infolgedessen Kolonien (natürlich nicht im staatsrechtlichen Sinne) oder, wie man es in der Soziologie lieber nennt, Marginalgruppen, die sich durch Verweigerung oder Einschränkung des *conviviums* und *connubiums*, also des freiwilligen gesellschaftlichen Umganges und der Heirat abschließen.

Viele Jahrhunderte lang bildeten die *Juden* überall außerhalb ihres Ursprungslandes, in der „Diaspora“, solche Marginalgruppen und waren damit dem ständigen Risiko ausgesetzt, im Bewußtsein der Mehrheit zum universalen Sündenbock erklärt zu werden, an dem man sich ungestraft für alle möglichen Versagungen rächen konnte. Eine nicht ganz unähnliche Rolle spielen heutzutage die *Chinesen* und *Inder* in weiten Gebieten Südasiens, wo sie seit Generationen leben und einen erheblichen Teil des Handels, der Finanzen und der Industrie kontrollieren. Infolgedessen ziehen sie das Ressentiment von Volksschichten, die sich ausgebeutet fühlen, auf sich, das nicht selten noch geschürt und zu gewaltsamen Ausbrüchen gebracht wird von einheimischen Politikern, die die Unzufriedenheit der Massen von sich weg auf die ohnehin unbeliebten „Fremden“ zu lenken bestrebt sind — analog zu der Lage der Juden in großen Teilen Europas, solange sie dort noch existierten.

Inder, Indonesier, Chinesen und *Japaner* sind auch im vorigen Jahrhundert und zu Beginn dieses Jahrhunderts mehr oder weniger freiwillig, unter dem Druck wirtschaftlicher Notlagen in ihrer Heimat oder den Möglichkeiten besseren Verdienstes folgend, nach *Süd- und Mittelamerika* ausgewandert. Die Japaner haben sich teilweise als tüchtige Landwirte angesiedelt, hauptsächlich in Brasilien. Inder und Indonesier sind von ihren damaligen Kolonialherren, Briten und Holländern, in deren Besitzungen in Westindien als Plantagenarbeiter gebracht worden. Aber in der Regel haben sie es durch ihren Fleiß verstanden, schon in der zweiten Generation zu Händlern, in der dritten teilweise zu Verwaltungsfunktionären, Journalisten, Politikern, ja Akademikern zu werden. Ihre Zahl war groß genug, die rassische, kulturelle und gesellschaftliche Struktur etwa von Britisch und Niederländisch Guiana und von Trinidad zu verändern und zu teilweise ernststen politischen Konflikten in einigen dieser Gebiete Anlaß zu geben — so zu der immer noch akuten Rivalität zwischen Einwohnern afrikanischer und asiatischer Abstammung in Guiana.

Lange Zeit lag auch ein großer Teil des Einzelhandels in mittel- und südamerikanischen Ländern, besonders in abgelegenen Gegenden, in den Händen von Chinesen, die sich mit kleineren Umsätzen zufrieden gaben, als die meisten Einheimischen oder europäischen Einwanderer. Japaner übten bis zum zweiten Weltkrieg die Fischerei etwa

in Panama aus. *Neger* von den westindischen Inseln waren nach Panama zum Bau des Kanals, nach anderen mittelamerikanischen Ländern zur Arbeit in den Bananenplantagen an der menschenarmen Küste des karibischen Meers gebracht worden. Nicht nur durch ihre Rasse, sondern noch mehr durch ihre englische oder französische Muttersprache und durch ihren Stolz auf ihre vermeintlich überlegene Staatsangehörigkeit — paradoxerweise als Kolonialuntertanen europäischer Staaten — erhielten sie sich lange als separate Minderheiten und zogen das Mißtrauen und Ressentiment der Einheimischen auf sich.

Auch *deutsche*, *schweizerische* und *englische Einwanderer*, etwa in Argentinien, Uruguay, Südbrasilien und Südchile — die einzigen Gebiete Lateinamerikas, in denen sie zahlenmäßig ins Gewicht fielen — haben sich lange als separate kulturelle Minderheiten erhalten und tun es teilweise, wenn auch in abnehmendem Maße, immer noch (zum Unterschied von den Einwanderern lateinischer Kultur). In ihrem Falle sind die Gründe der unvollkommenen Assimilation besonders offenkundig: teilweise eine gewisse geographische Konzentration und, wenigstens in den primitiven Pionierperioden, auch Isolierung in bestimmten Landesteilen, die sie klimatisch und wegen der Verfügbarkeit von freiem Land anzogen, sodann die Distanz in bezug auf Sprache, Sitten, Einstellung zur Arbeit, die sich in größerer Tüchtigkeit und Entwicklungsfähigkeit ausdrückte und ihnen das Gefühl der Überlegenheit über die Einheimischen vermittelte und schließlich — damit eng zusammenhängend — ihre überlegene Leistungsfähigkeit, die ihnen zu rascher Entwicklung und zur Bildung von wirtschaftlichen und bildungsmäßigen Eliten verhalf, sozusagen zur Schaffung von Wohlstandinseln inmitten eines Meeres von nach wie vor vergleichsweise unterentwickelten Völkern. Dies trug natürlich auch dazu bei, daß diese Minderheiten die Beziehungen mit dem Ursprungsland über mehrere Generationen hinweg pflegten und so ihm gefühlsmäßig weiter zugehörig blieben. Daß alle diese Umstände das Gefühl der Marginalität, der Besonderheit, der unvollständigen Integration auf beiden Seiten — derjenigen der Minderheit und der Mehrheit — erhalten mußten, ist leicht verständlich.

In einer ähnlichen Situation befanden sich die Einwanderer in *Afrika*, die sich — zum Unterschied von den meisten Missionaren, Lehrern und Kolonialbeamten in Afrika —, wie sie meinten, dauernd niedergelassen hatten: die *Franzosen* als Bauern und Angehörige freier Berufe in Algerien, die *Briten* als Kaffeepflanzer im fruchtbaren Hochland von Kenia und als Viehzüchter in Rhodesien, aber auch die *Inder*, die unter dem Schutz und mit der Förderung der britischen Verwaltung als Händler und Kleinindustrielle entscheidende wirtschaftliche Funktionen in Ostafrika übernommen hatten. Mit der Emanzipation der früheren Kolonien kamen sie in eine tragische Lage. Selbst dann, wenn sie in diesen Ländern geboren waren und sie als ihre Heimat betrachteten, wurden sie — trotz ihrer relativ geringen Zahl — wegen ihrer wirtschaftlichen und bildungsmäßigen Überlegenheit und der disproportionalen Macht, die ihnen diese verlieh, von den neuen „nationalen“ Regierungen und von der öffentlichen Meinung — soweit von einer solchen bereits gesprochen werden kann — als Träger „neokolonialer Herrschaft“ abgelehnt. Trotzdem man sie auf Grund rationaler Überlegungen als Mitarbeiter an der wirtschaftlichen Entwicklung brauchte, machte man ihnen das Leben schwer und zwang sie teilweise durch Verwaltungsmaßnahmen, das Land zu verlassen. So kam es zur Tragödie der — ihrem Ursprung nach — Inder und Pakistanis, die Kenia verlassen müssen und trotz ihrer britischen Pässe in Großbritannien nicht zugelassen werden, während die Herkunftsländer ihrer Vorfahren, also die mittlerweile selbständig gewordenen Staaten Indien und Pakistan, jede Verantwortung für sie ablehnen.

Grundsätzlich gehört auch die Problematik der Südafrikanischen Republik und Rhodesiens hierher, wo die Nachkommen europäischer Einwanderer sich gegenüber den Ne-

gern in der Minderheit befinden und einer Ungewissen Zukunft entgegensehen. Der Unterschied liegt natürlich darin, daß die Weißen — anders als in allen anderen Gebieten Afrikas, mit der vorläufigen Ausnahme der portugiesischen Kolonien — vorerst noch ihre politischen und wirtschaftlichen Machtmonopole bewahren können und somit die zahlenmäßigen Mehrheiten in einer gesellschaftspolitischen Minderheitssituation halten können. Ob das noch lange möglich sein wird, muß bezweifelt werden. In Rhodesien hat es ja schon zu einer akuten Krise geführt.

Wir haben bereits gesehen, daß Minderheitenprobleme nicht etwa auf „junge Nationen“ beschränkt sind. Ein Blick auf die sich ständig verschärfenden Rassenkonflikte in den *USA* und auf die noch immer schwelenden Irredenta-Bewegungen in *Südtirol* und *Zypern* bestätigt dies. Und obwohl die lateinamerikanischen Staaten seit anderthalb Jahrhunderten staatsrechtlich unabhängig sind, gibt es auch in einigen von ihnen immer noch Minderheiten, nicht nur solche von Einwanderern und ihren Nachkommen, sondern, im Gegenteil, von Ureinwohnern. In den *Andenländern* Südamerikas, in Guatemala und Mexico stellen die *Indianer* einen beachtenswerten Anteil an der Bevölkerung — »Indianer“ hier nicht im rassischen, sondern im kulturellen Sinne: mit einer Vielzahl von eigenen Sprachen, noch immer unfähig zur unbeschränkten Teilnahme am Leben der Nation, der sie nominell angehören, noch immer belastet durch die oft formidablen Reste des Feudalismus der Kolonialzeit, faktisch unfrei in wirtschaftlicher Abhängigkeit von Großgrundbesitzern, analphabetisch, ohne eigene wirksame Interessenvertretungen. Mit all dem stellen sie ein Hindernis zur entschiedenen Entwicklung ihrer Länder dar und werden immer mehr zu potentiell „Rohstoff“ sozialrevolutionärer Bewegungen. Hieraus folgt, daß die Rolle, die Minderheitenprobleme als Gefährdung bestehender Gesellschaftsordnungen spielen, in engem Zusammenhang mit sozio-ökonomischer Unterentwicklung, also mit ungenügender Dynamisierung und Modernisierung steht, wobei die Frage, ob es sich um formell junge oder ältere „Nationen“ handelt, verhältnismäßig nebensächlich ist.

V

Immerhin müssen wir uns jetzt speziell den „jungen Nationen“ zuwenden. In ihnen finden wir typisch *vornationale Gesellschaftsordnungen* — also eine Vielfalt von Sozialgebilden, die von ihren Mitgliedern als wichtiger, verpflichtender betrachtet werden als die Nation und denen deshalb im Bewußtsein und im Verhalten erheblicher Sektoren der Bevölkerung mehr Loyalität gezollt wird als der Nation. Diesen Tatbestand werden wir leichter verstehen können, wenn wir uns an die ausschlaggebende Bedeutung erinnern, die in unserer eigenen Vergangenheit der Zugehörigkeit zu einer Konfession oder einer Kleinregion oder der Lehnspflicht oder Untertänigkeit gegenüber einem Feudalherrn oder einem Fürsten zukam, im Vergleich mit dem Bewußtsein der nationalen Zusammengehörigkeit.

Wenn wir nun diese vornationalen Strukturen in den „jungen Nationen“ näher anschauen, finden wir drei Haupttypen:

1. *Ethnisch plurale* Gesellschaften, besonders im Nahen Osten einschließlich Nordafrikas. Unter dem Dach des vornationalen Osmanischen Reichs haben hier, räumlich eng benachbart aber gesellschaftlich nur lose miteinander verbunden, Menschen verschiedener Sprachen, Sitten und Religionen zusammen gelebt. Die jetzt rasch schwindenden Juden in arabischen Ländern zeugen davon, aber auch die Berber in Marokko, die Kopten in Ägypten, die Drusen in Irak, Iran und der Türkei, die sich paritätisch gegenüberstehenden Mohammedaner und Christen im Libanon. Der durch westliche Vorbilder geweckte Ehrgeiz, nunmehr Nationalstaaten zu bilden, führte zu blutigen Auseinander-

setzungen zwischen Türken einerseits und Griechen, Arabern und Armeniern andererseits. — Ceylon ist in die feindseligen Sprachgruppen der Singhalesen und Tamilen gespalten. In Südostasien haben sich blutige Konflikte durch die starke wirtschaftliche Stellung der Chinesen in Indonesien, Malaysia und Singapur entzündet. In Singapur stellen diese sogar die Mehrheit der Bevölkerung.

2. *Religiös und kastenmäßig plurale* Gesellschaften, insbesondere in Indien. Das gewaltige Gebiet Britisch-Indiens, das zum erstenmal von den europäischen Kolonialherren zu einer faktischen Einheit verschmolzen worden war, zerfiel bei der Verselbständigung unter furchtbaren Opfern von Menschenleben und materiellen Werten, weil die meisten Mohammedaner sich weigerten, in einem Nationalstaat mit einer Mehrheit von Hindus zusammenzuleben. So kam es zu der geographisch und wirtschaftlich sinnlosen Spaltung und Bildung der künstlichen „Nation“ Pakistan. Aber auch das verbliebene Indien stellt noch immer keine einheitliche Nation dar, denn es ist immer noch durch die traditionelle Kastenstruktur mit ihrer starren Trennung von geburtsmäßig fixierten Schichten, sowie durch eine Vielfalt von Sprachen und durch den Separatismus von Stämmen in abgelegenen Gebieten gespalten. Ein Teil Kaschmirs betrachtet sich als unterdrückte Minderheit in der „Indischen Union“.

3. *Stammesmäßig plurale* Gesellschaften in Negerafrika. Hier ist Solidaritätsverhalten immer noch überwiegend von der Sippen-, Dorf- und Stammeszugehörigkeit abhängig. Es ergibt sich nun das Dilemma, daß die meisten der „jungen Staaten“ in Afrika südlich der Sahara die Territorien übernommen haben, die im 19. Jahrhundert durch die Rivalitäten und diplomatischen Kompromisse zwischen europäischen Kolonialmächten festgelegt wurden, zumeist ohne jede Rücksicht auf die Stammesstrukturen. So kam es, daß einerseits Stämme verwaltungsmäßig getrennt, andererseits viele Stämme, die bis dahin in Feindschaft oder Isolierung gelebt hatten, künstlich in gemeinsamen Territorien zusammengefügt wurden. Das ging noch an, solange von ihnen keine vorbehaltlose Einfügung in ideologisch legitimierte einheitliche Nationalstaaten verlangt wurde, sondern sie nur unter der losen, zumeist durch indirekte Herrschaft gekennzeichneten Kontrolle der Kolonialverwaltung lebten.

Das hat sich jedoch durch die Unabhängigkeit drastisch geändert. Einerseits sind durch die Zufälligkeit der kolonialen Grenzziehungen groteske Unterschiede der Staatsgrößen entstanden: Riesengebiete, die in sich uneinheitlich und wenigstens vorerst nicht integrierbar sind, wie der früher belgische Kongo, Nigerien, der früher britische Sudan, stehen wirtschaftlich und administrativ als autonome Einheiten nicht lebensfähigen Zwergstaaten wie Togo, Gambia, Sierra Leone gegenüber. Winzige Gebiete wie Ruanda-Burundi, die zwischen den zwei Weltkriegen zusammen mit dem Kongo von Belgien als Mandatsmacht verwaltet werden konnten, versuchen nun vergeblich, selbständige Nationalstaaten zu bilden. Die Somalis, bis vor kurzem ein nomadisches Hirtenvolk, errangen zwar ein „nationales“ Kernland, verlangen nun aber den „Anschluß“ von Volksgruppen, die in Ethiopien, Kenia und Französisch Somaliland leben und sich dort als unterdrückte Minderheiten fühlen. Im früher britischen Sudan hat die Unterdrückung der heidnischen oder christlich gewordenen Negerstämme in den Regenwäldern des Südens durch die islamischen Araber des Nordens blutige Aufstände hervorgerufen. In der Republik Tschad wird die Einheit gegenüber den disparaten mohammedanischen, christlichen und heidnischen Stämmen nur mühsam mit französischer Militärhilfe aufrechterhalten. In Ethiopien und Liberien dagegen — beide nicht „neue Nationen“ — bewahren noch Minderheiten ihre traditionellen Privilegien. Die Separationstendenzen der Bergwerksregion Katanga und anderer Provinzen in dem riesigen Nachfolgegebiet des belgischen Kongo sind noch längst nicht konstruktiv überwunden. Die Vielfalt und die Selbständigkeit der Stämme ist hier so groß, daß wir von der Existenz von lauter Min-

derheiten ohne eine eindeutige Mehrheit sprechen können. Damit aber fehlt jedenfalls vorerst jede Grundlage nationaler Existenz.

Wie labil in *Kenia* die Beziehungen zwischen dem dominierenden Kikuyu-Stamm und den kleineren Stämmen sind, zeigt das erneute Aufflammen von Feindseligkeiten-anlässlich der Ermordung von *Tom Mboya*.

Die bisher tragischsten Minderheitenprobleme sind natürlich diejenigen *Nigeriens*, jenes riesigen Territoriums, das durch die britische Kolonialverwaltung erstmalig, wenn auch nur lose, unter einer Verwaltung zusammengebracht worden war und von dem es einige Jahre lang schien, daß es in eine durch föderative Organisation gemilderte und ermöglichte nationale Lebensform würde hineinwachsen können — trotz der drastischen Unterschiede in bezug auf stammesmäßige Traditionen, wirtschaftliche und soziale Struktur und Entwicklung und religiöse Zugehörigkeit und den sich daraus ergebenden Rivalitäten und Feindseligkeiten, die erst dann voll zum Ausdruck kamen, als die Einwohner dieses disparaten Gebietes sich unter eigener Verantwortung regieren sollten. Es ist hier weder möglich noch nötig, die Ursachen und den Gang der Desintegration im einzelnen Revue passieren zu lassen. Dieser hat sich nicht nur zwischen dem kulturell separaten und entwicklungsmäßig rückständigen, aber räumlich überwältigenden Norden und den verschiedenen Südstämmen, sondern auch zwischen diesen selbst ergeben und hat in der Katastrophe Biafras kulminiert. Die Brutalität, mit der der Krieg geführt worden ist und immer noch geführt wird, der Biafra nach Nigerien zurückzwingen soll, zeigt allein schon mit aller Deutlichkeit, daß kein effektives nationales Zusammengehörigkeitsgefühl, keine sozialpsychologisch wirksame Grundlage für nigerianische Einheit besteht. Vielmehr hat es allen Anschein, als ob es sich hier um einen Rückfall in die vorkoloniale Vergangenheit weiter Gebiete Afrikas handelt, die durch ständige Stammesfehden, gegenseitige Versklavung und Ausrottung zwischen Afrikanern gekennzeichnet war. Gravierend wirkt dabei, daß die heutigen Afrikaner durch Europäer — einschließlich der Osteuropäer — mit modernen militärischen Vernichtungsmitteln ausgerüstet worden sind und weiter werden und daß der Anspruch auf nationale Souveränität und die Tatsache, daß die „neuen Nationen“ Objekte der Rivalität der Weltmächte geworden sind, jede Beilegung ihrer inneren Konflikte von außen oder „oben“ (also durch die Vereinten Nationen) verhindert.

VI

So kann man geradezu von *internem Neokolonialismus* sprechen, wobei die neuen Machthaber eben Einheimische sind. Er findet sich übrigens auch außerhalb Afrikas, beispielsweise in *Indonesien*, in der Vorzugsstellung des volkreichen Java gegenüber den anderen Inseln und in der Behandlung der primitiven Stämme des sogenannten West-Irian auf Neuguinea. So wird der vermeintliche Fortschritt der „nationalen“ Unabhängigkeit zu einem Fluch und zu einer Rückbildung. (Es versteht sich, daß dies nicht als Rechtfertigung des ursprünglichen Kolonialismus gedeutet werden darf.)

Wir sehen also abschließend: die Minderheitenprobleme der sogenannten jungen Nationen, aber auch mancher anderen Entwicklungsländer von heute, entspringen der Tatsache, daß, realistisch gesprochen, diese Länder keine Nationen im eigentlichen Sinne sind, daß jedoch ihre neuen Eliten, in einem, wie mir scheint, irrigen Versuch der Nachahmung westlicher Lebensformen und in einer voreiligen Gleichsetzung von Nationbildung mit Entwicklung, versuchen, nationale Vereinheitlichung und nationalstaatliche Zentralisierung der Verwaltung und der Entwicklungspolitik überstürzt zu erzwingen, unter Umständen auch mit Gewalt, und auch dann, wenn die strukturellen Voraussetzungen für einen solchen tiefreichenden und umwälzenden kulturellen Wandel noch nicht

gegeben sind. Dabei werden nicht nur rationale Regeln für optimale wirtschaftliche Entwicklung mißachtet, sondern auch elementare Rücksicht auf Menschenwürde, menschliche Wohlfahrt, ja menschliches Leben.

Ob bzw. wann der so oft noch viel zu weite Mantel „Nation“ einmal von wirksamen kooperativen Beziehungen ausgefüllt werden kann, wird von dem Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung abhängen, die eine Ausweitung solcher Beziehungen durch die wachsende Marktwirtschaft und arbeitsteilige Interdependenz in immer weiteren Räumen mit sich bringt. Umgekehrt hängt aber das Tempo dieser Entwicklung wiederum davon ab, ob Chaos vermieden und politische Stabilität und Rechtssicherheit gewährleistet werden kann. So finden wir, daß viele dieser Länder sich in einem Teufelskreis bewegen. Um aus ihm auszubrechen, wird eine Revision grundsätzlicher Einstellungen durch eine weniger irrationale Orientierung und durch nüchterne Auswertung bisheriger Erfahrungen nötig sein. Dafür scheinen allerdings die Aussichten sehr gering.¹⁾

1) Eine ausführliche systematische Behandlung dieser Probleme hat der Verfasser in seinen Büchern „Soziale Strategie für Entwicklungsländer“ (2. Aufl. Frankfurt 1968), insbes. Kap. VI: „Der Nationalstaat: Universales Entwicklungsorgan?“, und „Zwischen Anarchie und neuen Ordnungen“ (Freiburg 1967), insbes. Kap. IV: „Die Nation und was mehr ist als sie“, gegeben.